



# Rathaus Umschau

**Donnerstag, 10. Mai 2012**

Ausgabe 089

[muenchen.de/ru](http://muenchen.de/ru)

## Inhaltsverzeichnis

<b>Terminhinweise</b>	<b>2</b>
<b>Meldungen</b>	<b>5</b>
› OB Ude zum Kabinettsbeschluss in Sachen S-Bahnausbau	5
› Gemeinsame Resolution von Naturschutz- und Radsportverbänden zum Schutz des oberen Isartals	7
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 16, Bezirksteil Perlach	8
› Diskussion zur Situation der Sinti und Roma in Deutschland	9
› Neue Broschüre: Rechtsextreme Anmietungen – Schutz für Kommunen und Vermieter	10
› Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung	11
› RGU bietet Vortragsreihe „Facetten der Schönheit“ an	11
<b>Antworten auf Stadtratsanfragen</b>	<b>13</b>
› Diamaltgelände als Standort für Depot des Deutschen Museums prüfen	13
› Erhalt der Gartenstädte – Wann lässt die Stadtverwaltung den Worten Taten folgen?	17

## Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

## Terminhinweise

Wiederholung

### **Freitag, 11. Mai, 11 Uhr, Grundschule am Winthirplatz 6**

Die Grund- und die Mittelschule am Winthirplatz feiern das 100-jährige Bestehen ihres Schulgebäudes. Nach der Begrüßung durch die Schulleitungen Eva Wobido (Grundschule) und Thomas Häns (Mittelschule) sprechen Stadtrat Oliver Belik (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters und Stadtschulrat Rainer Schweppe. Das musikalische Rahmenprogramm gestalten die Schülerinnen und Schüler der beiden Schulen.

Wiederholung

### **Freitag, 11. Mai, 11 Uhr, Die Neue Sammlung – The International Design Museum – Pinakothek der Moderne, Barer Straße 40**

Pressekonferenz mit Stadtdirektor Anton Biebl in Vertretung des Kulturreferenten zur Ausstellung „Nimm Platz“, die bis 3. Juni in der Neuen Sammlung – The International Design Museum Munich – zu sehen ist. Die von der Erzdiözese Würzburg organisierte Kunstaktion „Nimm Platz – für eine inklusive Kirche und Gesellschaft“ ist Teil des kulturellen Rahmenprogramms des Kulturreferats im Vorfeld der „Special Olympics München 2012“. Corinna Rösner, Stellvertretende Sammlungsleiterin, Pinakothek der Moderne, spricht Grußworte und hält eine Einführung. Pastoralreferent Rainer Ziegler, Projektgruppe der Diözese Würzburg, informiert über die Kunstaktion „Nimm Platz“.

Anton Biebl stellt das Kulturprogramm „Auf die Plätze! München wärmt sich auf“ sowie die Broschüre „Münchner Kultur Leicht gemacht“ vor. Erstmals gibt das Kulturreferat einen Kulturführer heraus, der inhaltlich und gestalterisch auf die Bedürfnisse von Menschen mit geringen sprachlichen Fähigkeiten abgestimmt ist. Er informiert über städtische und städtisch geförderte Kultureinrichtungen und deren Führungsangebote in einfacher Sprache und soll den selbständigen Zugang zum Münchner Kulturangebot erleichtern.

Wiederholung

### **Freitag, 11. Mai, 12.15 Uhr, Vom Seehaus im Englischen Garten bis zum Wittelsbacherplatz**

Radtour „Radeln unter uns“: Oberbürgermeister Christian Ude und Innenminister Joachim Herrmann begrüßen die Fahrradsaison 2012. Zusammen mit weiteren bekannten, radlbegeisterten Persönlichkeiten aus München und Bayern findet eine Radltour durch München statt.



Für Medienvertreter besteht die Möglichkeit, die Radler auf ihrer Rundfahrt vom Seehaus über Altschwabing bis zum Wittelsbacherplatz zu begleiten. Dort endet die Fahrt gegen 13.30 Uhr. Zeitgleich findet am Wittelsbacherplatz die Abschlussveranstaltung der Münchner Radwoche statt, die unter dem Motto „Radeln unter Strom – E-Bike & Navigation“ steht. Am Ende der Veranstaltung stehen Oberbürgermeister Ude, Innenminister Herrmann und weitere prominente Radlerinnen und Radler für Interviews zur Verfügung.

### **Montag, 14. Mai, 11 Uhr, Stadion an der Grünwalder Straße**

Fototermin mit Bürgermeisterin Christine Strobl. Anlässlich der Versteigerung des Stadioninventars am 20. Mai im städtischen Stadion an der Grünwalder Straße schenkt die Bürgermeisterin dem Vorsitzenden des Vereins „Freunde des Sechziger Stadions“, Roman Beer, symbolisch ein original Rasenstück. Damit startet der Aufruf an alle Sammler und Liebhaber von 1860-Memorabilien, sich am Sonntag, 20. Mai, nach dem A-Jugend-Bundesligaspiel TSV 1860 München gegen den SC Freiburg Teile des Inventars aus dem traditionsreichen Stadion an der Grünwalder Straße zu ersteigern. Zur Auswahl stehen ausgeschnittene Rasenstücke sowie diverse Möbelstücke aus der Stadionwirtschaft und weiteres Inventar aus dem Innenleben der Haupttribüne. Die Einnahmen kommen einem öffentlichen Kunstwerk zugute. Grund für die Versteigerung sind die Sanierungsarbeiten im Stadion an der Grünwalder Straße, das derzeit drittligatauglich gemacht wird.

### **Dienstag, 15. Mai, 9 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus**

Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, eröffnet die Veranstaltung „Quote & Co – Viele Wege führen zum Erfolg!“. Heribert Prantl, Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und Leiter des Ressorts Innenpolitik, kommentiert die aktuelle Diskussion um eine gesetzlich verankerte Frauenquote. Nadja Tschirner und Simone Schönfeld von der Münchner Unternehmensberatung Cross Consult ziehen eine Zwischenbilanz des „Münchner Memorandums für Frauen in Führung“. Vertreterinnen der beteiligten Unternehmen präsentieren ihre neu entwickelten Maßnahmen zur Förderung weiblicher Führungskräfte.

Die Veranstaltung bildet den Auftakt zur zwölften Runde des Münchner Cross-Mentoring, das von Cross Consult durchgeführt und vom Referat für Arbeit und Wirtschaft unterstützt wird.



**Dienstag, 15. Mai, 10 Uhr, Salesianum München, St. Wolfgang-Platz 11**

Bürgermeisterin Christine Stobl eröffnet die „Dritte Münchner Bildungskonferenz“. Stadtschulrat Rainer Schweppe gibt einen Rückblick auf die Entwicklungen seit der letzten Bildungskonferenz, im Anschluss folgt ein Impulsreferat von Professor Dr. Kai Maaz von der Universität Potsdam mit dem Titel „Übergänge im Bildungssystem – Fluch oder Segen?“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutieren im weiteren Verlauf in neun Fachforen aktuelle Themen wie „Individuelle Förderung beim Übergang Kita - Grundschule“, „Der Schritt in die weiterführende Schule“, „Fit für die Hochschule?“ oder „Bedeutung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse“. Die Ergebnisse der Fachforen werden ab 15.40 Uhr im Plenum mit einer Expertenrunde diskutiert. Das Schlusswort zur Konferenz spricht Stadtschulrat Rainer Schweppe (geplant ab 16.30 Uhr). Die Moderation der Veranstaltung übernimmt der Journalist und Autor Felix Berth.

**Dienstag, 15. Mai, 11.45 Uhr,  
Salesianum München, St. Wolfgang-Platz 11, Turmzimmer 1**

Im Rahmen der Dritten Münchner Bildungskonferenz findet mit Bürgermeisterin Christine Stobl anlässlich der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung „Gemeinsam mehr erreichen – Unterstützung erfolgreicher Übergänge in Ausbildung und Beruf“ ein Pressegespräch statt. Weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind: der Referent für Arbeit und Wirtschaft Dieter Reiter, Sozialreferentin Brigitte Meier, Stadtschulrat Rainer Schweppe, Bernd Becking, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit München, Jochem Ellerich, Stellvertretender Geschäftsführer des Jobcenters München, Leitende Schulamtsdirektorin Georgine Müller, Fachliche Leitung des Staatlichen Schulamts in der Landeshauptstadt München und Leitende Regierungsschuldirektorin Eva Windolf von der Regierung von Oberbayern, Sachgebiet Förderschulen.

Im Anschluss an das Pressegespräch erfolgt die Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung. Zweck der Vereinbarung ist die Herstellung von Transparenz, die Bündelung und Abstimmung von Aktivitäten und die Vereinbarung von Qualitätsstandards. Gemeinsames Ziel der Kooperationspartner ist es, allen jungen Menschen in München optimale Bildungs- und Ausbildungschancen zu bieten.

**Dienstag, 15. Mai, 11 Uhr, Gotzinger Platz 1**

Stadträtin Dr. Manuela Olhausen (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Anna Ascherl im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.



**Dienstag, 15. Mai, 11.30 Uhr, Osterwaldstraße 25**

Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Josefa Dick im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.

**Dienstag, 15. Mai, 13 Uhr, Winthirstraße 20**

Stadtrat Oliver Belik (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Maria Huber im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

**Dienstag, 15. Mai, 16.30 Uhr, Keferstraße 10**

Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Inger Gulbransson im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.

## Meldungen

(teilweise voraus)

**OB Ude zum Kabinettsbeschluss in Sachen S-Bahnausbau**

(10.5.2012) Zum gestrigen Kabinettsbeschluss der bayerischen Staatsregierung zum Ausbau der Münchner S-Bahn erklärt Oberbürgermeister Christian Ude: „Vor zwei Wochen hatte ich im Namen der Landeshauptstadt noch ausdrücklich begrüßt, dass die Bayerische Staatsregierung nach 15-jähriger Planungsgeschichte und quälenden mehrjährigen Finanzverhandlungen endlich den Beschluss gefasst hat,

- den Bund an seine Verpflichtung zu einem Finanzierungsbeitrag von 900 Millionen Euro zu erinnern und Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) entsprechend in die Pflicht zu nehmen,
- ebenso die Bahn stärker als bisher angeboten, an der Finanzierung zu beteiligen und
- bei einer Abwälzung finanzieller Lasten auf die kommunale Ebene keine parteipolitisch motivierte willkürliche Auswahl zu treffen, sondern die Möglichkeit zu prüfen, alle Kommunen, die vom staatlichen S-Bahnangebot profitieren, in gleicher Weise einzubinden.

Zwei Wochen später lässt sich keinerlei Fortschritt in der Sache feststellen, sondern nur ein anhaltendes Staatsversagen. Offenbar hat Ministerpräsident Horst Seehofer bei seinem eigenen Stellvertreter, dem Bundesverkehrsminister Ramsauer, der 700 von 900 Millionen Euro schuldig bleiben will, nichts erreichen können. Ebenso kann die Staatsregierung keinerlei Verhandlungserfolg gegenüber der Bahn vorweisen.

Richtig sind allerdings zwei Hinweise, die Kabinettsmitglieder heute gegeben haben:

- Innenminister Joachim Herrmann hat Recht, dass bei den Landkreisen eine Beteiligung an der Finanzierung auf freiwilliger Basis im selben Maße zulässig ist, wie bei der Landeshauptstadt München. Damit ist im Nachhinein der Beweis erbracht, dass es keinerlei sachliche Rechtfertigung gab und gibt, finanzielle Forderungen ausschließlich an die parteipolitisch unliebsame Landeshauptstadt zu adressieren und das gesamte Umland mit ebenso vielen Bewohnern und mindestens ebenso vielen S-Bahn-Fahrgästen völlig außen vor zu lassen.
- Verkehrsminister Martin Zeil (FDP) hat Recht mit seiner Feststellung, dass es bei S-Bahn und ÖPNV einen bundesweiten Investitionsstau von rund 5 Milliarden Euro gibt und dass deshalb die Mittel für das GVFG-Bundesprogramm aufgestockt und über 2019 hinaus bereitgestellt werden müssen. Auf diesen alleinigen Grund der S-Bahn-Misere in mehreren Ballungsräumen habe ich in den vergangenen Monaten und Jahren immer wieder hingewiesen. Solange das Bundesprogramm nicht über 2019 hinaus fortgeschrieben wird, ist jedes Rückzahlungsversprechen ein schlechter Witz und die Formulierung ‚Vorfinanzierung‘ ein plumper Täuschungsversuch. Das Schreiben von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble vom 23. März 2012 an den bayerischen Ministerpräsidenten ist der unwiderlegliche Nachweis, dass der Bund niemals an eine ‚Vorfinanzierung‘ durch die Stadt gedacht hat, sondern in Wahrheit an einen verlorenen Baukostenzuschuss, der allerdings unter dem Tarnnamen ‚Vorfinanzierung‘ eingestrichen werden sollte.

Angesichts der Ernsthaftigkeit, mit der die Industrie- und Handelskammer von München und Oberbayern ein Modellprojekt für Public-Private-Partnership vorgetragen hat, ist die Absage an diesen Finanzierungsweg kaum nachzuvollziehen.

Bei einem freiwilligen Beitrag der kommunalen Ebene, also den Städten, Gemeinden und Landkreisen des S-Bahneinzugsbereichs, ist zu bedenken, dass die bayerische Bevölkerung als Verfassungsgeber ausdrücklich einen Artikel beschlossen hat, der es dem Staat verbietet, finanzielle Lasten auf die Kommunen abzuwälzen – selbst dann, wenn gleichzeitig eine Aufgabe übertragen wird. Zulässig ist nur eine Aufgabenübertragung bei gleichzeitiger Kostenerstattung.

Bei der 2. Stammstrecke unternimmt die Staatsregierung aber den Versuch, eine staatliche Aufgabe in vollem Umfang beim Staat zu behalten und auf die Kommunen ausschließlich finanzielle Lasten abzuwälzen. Die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte werden deshalb zu prüfen haben, ob und in welcher Dimension eine Belastung von Kommunalhaushalten für die Erfüllung von Staatsaufgaben angesichts der Verfassungslage und vor der Bürgerschaft vertretbar ist.

Eine Gesprächsbereitschaft hat die Stadt München schon im vergangenen Jahr signalisiert.“

### **Gemeinsame Resolution von Naturschutz- und Radsportverbänden zum Schutz des oberen Isartals**

(10.5.2012) Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz stellten Bürgermeister Hep Monatzeder und Landrätin Johanna Rumschöttel die gemeinsam mit Naturschutz- und Radsportverbänden erarbeitete Resolution zum Schutz des oberen Isartals vor.

Im oberen Isartal gibt es seit mehreren Jahren Interessenskonflikte zwischen Freizeitnutzung und Naturschutz. Die Resolution ist das Ergebnis eines fast zweijährigen Abstimmungsprozesses zwischen Radsport- und Naturschutzverbänden unter Federführung des Bürgermeisterbüros und mit Einbindung des Landratsamtes und staatlicher Behörden. Sie verspricht eine Konfliktlösung durch Dialog, Information und Aufklärung. Die Unterzeichner der Resolution betonen die gegenseitige Anerkennung der jeweils anderen Interessen und suchen einen Kompromiss, der u.a. auch die Wiederherstellung stark belasteter Naturflächen bei entsprechenden Ersatzmaßnahmen vorsieht.

Rumschöttel und Monatzeder stellten die Hintergründe und Ziele der Resolution vor. Die Naturschutz- und Radsportverbände gaben ebenfalls je eine gemeinsame Stellungnahme ab und besichtigten im Anschluss an die Pressekonferenz gemeinsam mit Journalisten einen Isartrail an der Marienklausenbrücke.

Das Isartal weist eine besonders große Vielfalt an Tieren und Pflanzen auf und ist für viele geschützte Arten ein einzigartiger Lebensraum. Bereits seit 1964 steht das Isartal unter Landschaftsschutz. Seit 2004 ist es als Fauna-Flora-Habitat-Gebiet ausgewiesen und Teil des länderübergreifenden Biotopverbundnetzes „Natura 2000“. Es ist somit auch nach europäischem Rang geschützt.

Das Querfeldein-Radfahren und Downhill-Fahren an Hängen birgt besondere Gefahren für die Natur: Häufig befahrene Waldböden fallen als Lebensraum für Pflanzen und Tiere aus. Empfindliche Wurzelbereiche von Altbäumen werden verdichtet; die Baumernährung dadurch behindert. Wenn Quellbäche oder zeitweise überschwemmte Zonen mit Fahrrädern durchfahren werden, kommt es häufig zu Öl- und Fetteintrag ins Wasser. Durch Pedale und Spikes können Wurzeln und Stämme verwundet werden. Die Lebensdauer von wertvollen Altbäumen sinkt dann zum Beispiel durch das Eindringen von Pilzkrankheiten. Dadurch fallen beispielsweise ohnehin seltene Fledermaus- und Vogelquartiere aus. Das Errichten von Bauwerken und Hindernissen zum Balancieren und Springen durch Radfahrer steigert die Beliebtheit der so genannten Isartrails und somit die Fahrfrequenz.

Ein besonders gravierendes Problem stellen Nachtfahrten in Gruppen dar -



überfahrene Kleintiere wie Igel, Schlangen, Frösche und reflektierende Pistenmarkierungen zeugen von diesen Nachtfahrten. Der dabei entstehende Lärm und das nächtliche Ausleuchten stellt für die Tierwelt eine große Belastung dar.

Im Vordergrund steht zunächst die Erkenntnis, dass nicht alle Menschen um die Verletzlichkeit und den biologischen Wert der Isarauen wissen. Auch über die bestehenden und berechtigten „Spielregeln“ in Form geltender Gesetze und Verordnungen zum Schutz und Erhalt der Natur besteht oft Unkenntnis. Hier soll in Zukunft mit verstärkter Information und Aufklärung angesetzt werden.

Die beteiligten Radsportverbände arbeiten deshalb zusammen mit den Naturschutzverbänden an einer Lösung durch Wissenstransfer und -vermittlung sowie durch Selbstbeschränkungen. So verzichten sie inzwischen im besonders belasteten Bereich zwischen dem Flaucher und der Braunauer Eisenbahnbrücke auf Nachtfahrten oder organisierte Gruppentouren.

Die Landeshauptstadt und der Landkreis München wollen den Interessenausgleich durch die Planung geeigneter Ausweichrouten unterstützen. Der Abstimmungsprozess hierzu hat bereits zu einer Konzeptidee geführt: Zunächst wird eine Entlastung des innerstädtischen Streckenabschnitts im oberen Isartal angestrebt. Das Vergabeverfahren für die Detailplanung steht unmittelbar bevor.

Langfristiges Ziel ist ein bestmöglicher Schutz der Natur im oberen Isartal durch den Bau zusätzlicher Ausweichstrecken und alternativer Radsportmöglichkeiten.

Die Unterzeichner der Resolution teilen die Zuversicht, dass die allermeisten Bürgerinnen und Bürger die Notwendigkeit des Naturschutzes verstehen und sich an einer Lösung des Interessenskonfliktes beteiligen werden.

### **Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 16, Bezirksteil Perlach**

(10.5.2012) Oberbürgermeister Christian Ude lädt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 16 (Ramersdorf - Perlach) am Donnerstag, 24. Mai, 19 Uhr, in die Mensa des Schulzentrums Perlach-Nord, Quiddestraße 4, 81735 München, zu einer Bürgerversammlung des 16. Stadtbezirkes (Bezirksteil Perlach) ein.

Die Leitung der Versammlung übernimmt Bürgermeisterin Christine Strobl. Zu Beginn informieren sie und die Bezirksausschussvorsitzende, Marina Achhammer über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Schwerpunktt Themen werden voraussichtlich sein:



1. Bebauung Hanns-Seidel-Platz
2. Bebauung Carl-Wery-Straße
3. Verkehrskonzept für den Münchner Osten
4. Infrastruktur Festplatz und Skater-Park im Gefilde
5. Sportanlage Bert-Brecht-Allee
6. Sportanlage Rudolf-Zorn-Straße
7. Sachstand Anbindung Gewerbegebiet Bayerwaldstraße
8. Bebauung Hochäckerstraße
9. Bauliche Situation der Schulen im Stadtbezirk
10. Infrastruktur im Ostpark-Theatron
11. Überschwemmungsgebiet Hachinger Bach

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Ost der Bezirksausschüsse 5, 13, 14, 15, 16, 17 und 18, Friedenstraße 40, 81660 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.

Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirkes teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärdensdolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen gerne der Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, [www.gmu.de](http://www.gmu.de), [regionalcenter@gmu.de](mailto:regionalcenter@gmu.de), Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98 21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, Frau Gummelt, [buergerversammlung.dir@muenchen.de](mailto:buergerversammlung.dir@muenchen.de), Fax 2 33-98 99 28 71. Der Versammlungsort ist barrierefrei.

### ***Bürgersprechstunde***

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Marina Achhammer.

### **Diskussion zur Situation der Sinti und Roma in Deutschland**

(10.5.2012) In der EU leben zehn bis zwölf Millionen Sinti und Roma, 80 Prozent davon in den neueren Mitgliedstaaten, bis zu 125.000 in Deutsch-

land. Eine aktuelle Studie zeigt ihre prekäre Bildungssituation: 44 Prozent der Befragten haben keinen Schulabschluss.

Die EU hat das Thema aufgegriffen und im Juni 2010 einen Rahmen für die nationale Roma-Politik beschlossen. Die EU-Strategie sieht vor, den in ihren Mitgliedstaaten lebenden Sinti und Roma einen fairen Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und öffentlichen Versorgungsnetzen zu ermöglichen und stellt dafür Mittel bereit.

Barbara Lochbihler arbeitet als Mitglied des Europäischen Parlaments mit Schwerpunkt Menschenrechtsfragen daran, die Situation der Sinti und Roma und deren Rechte in Europa zu verbessern. Sie berichtet auf einem Diskussionsabend am 14. Mai um 19 Uhr über ihre Tätigkeit. Daniel Strauß, Vertreter der Sinti und Roma in Baden-Württemberg, gibt im Rahmen der Veranstaltung im Vortragssaal der Stadtbibliothek Am Gasteig Einblick in die Sichtweise der Betroffenen: Wie wirkt sich die europäische Initiative aus ihrer Sicht aus.

Die Situation der Sinti und Roma in Deutschland ist von April bis Juni 2012 Themenschwerpunkt im Kulturzentrum im Gasteig. Der Diskussionsabend ist eine Gemeinschaftsveranstaltung der Münchner Stadtbibliothek mit dem Europe Direct Informationszentrum. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen unter [www.muenchen.de/europe-direct](http://www.muenchen.de/europe-direct).

Das Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern ist ein Gemeinschaftsprojekt des Fachbereichs Europa im Referat für Arbeit und Wirtschaft und des Kulturreferats mit Förderung der Europäischen Kommission.

### **Neue Broschüre: Rechtsextreme Anmietungen – Schutz für Kommunen und Vermieter**

(10.5.2012) Der Schutz vor Anmietversuchen durch Rechtsextreme ist ein zentrales Thema für alle Vermieter, die verhindern wollen, dass rechtsextreme Strukturen in der eigenen Stadt entstehen oder sich verfestigen. Die städtische Fachstelle gegen Rechtsextremismus hat daher eine Broschüre erstellt, die als juristisch fundierter Wegweiser hilft, sich zu schützen. Oberbürgermeister Christian Ude: „Diese Broschüre will Kommunen, Vermieterinnen und Vermieter sowie alle Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich gegen Rechtsextremismus zu stellen. Sie soll einen Beitrag leisten zur Prävention in den Kommunen.“

Die Broschüre zeigt sowohl Möglichkeiten des Schutzes für öffentliche Einrichtungen – die immer dem Gleichbehandlungsgrundsatz unterliegen – als auch im Bereich privatrechtlicher Mietverhältnisse auf. Dazu werden insbesondere Erfahrungen aus der Landeshauptstadt München aufgegriffen, ergänzt durch Beispiele aus anderen Kommunen. Die Broschüre entstand in Kooperation mit Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin und ist kostenlos zu bestellen unter [fgr@muenchen.de](mailto:fgr@muenchen.de).

### **Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung**

(10.5.2012) Die 242. Sitzung der Kommission für Stadtgestaltung der Landeshauptstadt München findet am Dienstag, 15. Mai, um 16 Uhr im Großen Sitzungssaal des Rathauses statt.

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

1. Frankfurter Ring (Stadtbezirk 12)  
Neubau eines Bürogebäudes mit Tiefgarage  
(Wiedervorlage aus der Sitzung vom 20. März)
2. Bayerstraße 35/37 (Stadtbezirk 2)  
„Neubau Hotel (180 Zimmer mit Konferenzflächen und Fitnessstudio), Einzelhandelsflächen und Tiefgarage“
3. Neubau einer Lärmschutzwand an der Eisenbahnstrecke Nr. 5510 München Hbf – Rosenheim (Stadtbezirk 18)  
Ortsdurchfahrt München - Untergiesing
4. Plettstraße 19 (Stadtbezirk 16)  
Neubau eines Wohn- und Gewerbegebäudes mit Tiefgarage - Vorbescheid

### **RGU bietet Vortragsreihe „Facetten der Schönheit“ an**

(10.5.2012) Mit „Echt schön! - Über die Lust und Last mit dem Aussehen“ hat der Verein Kultur & Spielraum im Auftrag des Referats für Gesundheit und Umwelt (RGU) und des Sozialreferats (Stadtjugendamt) sowie in Zusammenarbeit mit vielen Partnerinnen und Partnern noch bis Samstag, 19. Mai, ein umfangreiches Programm in der Pasinger Fabrik, August-Exter-Straße 1, organisiert, das sich primär an Jugendliche richtet und ihnen die Möglichkeit bietet, sich in einer interaktiven Ausstellung sowie Workshops über verschiedene Aspekte des Themas Schönheit und Gesundheit zu informieren und mit den eigenen Wünschen und Möglichkeiten des Aussehens kreativ auseinanderzusetzen. Mit der abendlichen Veranstaltungsreihe „Facetten der Schönheit“ zu „Echt schön!“ wendet sich das RGU neben älteren Jugendlichen an alle interessierten Erwachsenen, insbesondere Eltern, Lehrerinnen, Lehrer und pädagogische Fachkräfte. Die letzten beiden Veranstaltungen von „Facetten der Schönheit“ sind am Freitag und Mittwoch, 11. und 16. Mai, in der Pasinger Fabrik und beginnen um 18.30 Uhr. Der Eintritt ist kostenlos.

- Soziologe Rainer Neutzling rückt am Freitag, 11. Mai, „Jungen und ihre Körper“ in den Vordergrund. Ausgehend von der Feststellung, dass sich auch Jungen mit der Diskrepanz zwischen ihrem faktischen Körper und dem aktuellen Attraktivitätsideal beschäftigen, werden Gebote der männlichen Geschlechtsrolle und ihre spezifischen Folgen für das Gesundheitsverhalten von Jungen und ihren Umgang mit dem eigenen Körper thematisiert.



- Der letzte Vortrag der Reihe „Facetten der Schönheit“ ist am Mittwoch, 16. Mai, mit Dr. Ada Borkenhagen. Die wissenschaftlich und therapeutisch tätige Psychologin spricht beim Thema „Der gemachte Körper“ über Motive, Formen und Folgen verschiedener Trends zur Optimierung des eigenen Körpers mit besonderem Augenmerk auf die aktuellen Entwicklungen bei Jugendlichen.

Die genannten Veranstaltungen gehen jeweils bis 20 Uhr, es moderiert Dr. Babette Schneider vom RGU. Das Programm zu „Echt schön!“ mit der Reihe „Facetten der Schönheit“ liegt unter anderem in der Stadt-Information im Rathaus, Marienplatz 8, aus und ist auch unter [www.muenchen.de/rgu](http://www.muenchen.de/rgu) abrufbar.

# Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 10. Mai 2012

## **Diamaltgelände als Standort für Depot des Deutschen Museums prüfen**

Antrag Stadtrat Dr. Florian Vogel (Bündnis 90/Die Grünen) vom 18.1.2012

### **Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk:**

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weil es sich lediglich um einen Prüfungsauftrag handelt, ob das Diamaltgelände aus Sicht des Referat für Stadtplanung und Bauordnung unter Einbindung des Deutschen Museums und der Eigentümer der betreffenden Flächen für die im Betreff genannte Nutzung geeignet wäre. Eine Behandlung erfolgt deshalb auf diesem Wege.

Zu Ihrem Antrag vom 18.01.2012 teilt Ihnen das Referat für Stadtplanung und Bauordnung Folgendes mit:

Dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung lag bereits eine ähnlich gelagerte Anfrage des Bezirksausschusses 23 Allach-Untermenzing vom 20.12.2011 für das Junkersgelände vor, das nördlich der Ludwigsfelder Straße an das Diamaltgelände anschließt.

### **Vorhaben**

Für das angesprochene Vorhaben der Errichtung eines Schaudepots auf dem Diamaltgelände wurden von Seite des Deutschen Museums nachfolgende Nutzererfordernisse genannt:

Das Museumsdepot soll dazu dienen, die Bestände des Deutschen Museums, die an verschiedenen Orten in der Stadt verteilt sind, an einem Ort zusammenzufassen. Dafür werden lagerhallenähnliche Gebäude benötigt. In einem ersten Schritt wird für das Museumsdepot eine Geschossfläche (GF) von ca. 35.000 m<sup>2</sup> benötigt. Längerfristig gesehen ist der Ausbau um nochmals 35.000 m<sup>2</sup> GF auf dann insgesamt 70.000 m<sup>2</sup> GF geplant. Im

Schaudepot sind angemeldete Führungen durch ausgewählte Bereiche für die interessierte Öffentlichkeit vorgesehen. Vor allem soll die Sammlung Wissenschaftlern, aber auch Schulklassen zu Studien- bzw. Lehrzwecken dienen. Mit den Planungen für das Museumsdepot soll nach den Vorstellungen des Deutschen Museums noch 2012 begonnen werden.

### **Planungsrechtliche Situation**

Für den in der Anfrage angesprochenen Bereich des Diamaltgeländes besteht der seit dem 10.05.2006 rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 1904. Dieser setzt unter anderem für das Planungsgebiet Gewerbegebiete mit einer GF von ca. 46.000 m<sup>2</sup> sowie ein Sondergebiet Fachmarkt mit einer GF von 7.300 m<sup>2</sup> fest.

### **Bestandssituation**

Trotz der Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 1904 kam es nicht zu der gewünschten Entwicklung des gesamten Gewerbegebietes, nur im Süden und in der Mitte des Planungsgebietes wurde bzw. wird in Bestandsgebäuden schon eine GF von ca. 8.000 m<sup>2</sup> gewerblicher Nutzung realisiert (siehe auch Eigentumsverhältnisse).

Auf dem Gelände befinden sich mehrere denkmalgeschützte Hallen und Gebäude aus der Entstehungszeit der Diamalt-Werke. Bei einer Umnutzung ist der Denkmalschutzcharakter zu berücksichtigen.

### **Eigentumsverhältnisse**

Entgegen den ursprünglichen Eigentumsverhältnissen bei Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 1904 haben mittlerweile Eigentümerwechsel stattgefunden und folgende Grundstücke wurden bzw. werden einer neuen Nutzung zugeführt, so dass deren Miteinbeziehung in Überlegungen für ein Museumsdepot nicht zielführend ist:

- „Kesselhaus-Grundstück“ (Fl.Nr. 1020/2)
- „Siemens-Hallen“ (Fl.Nr. 1021/9)
- sowie zwei kleinere Grundstücke an der Georg-Reismüller-Straße (Fl.Nr. 1021/14 und 1021/15).

Es verbleibt also nur eine verfügbare Baugebietsfläche von ca. 64.500 m<sup>2</sup>. Auf diesen befinden sich 2 denkmalgeschützte Gebäude mit einer GF von ca. 4.400 m<sup>2</sup>.

### **Aktuelle Nutzungsüberlegungen**

Für den Großteil des Planungsgebietes hat, neben den zuvor bereits genannten Bereichen, mittlerweile auch ein Eigentümerwechsel stattgefunden.

den. Ziel des neuen Eigentümers ist es, auf den noch verbleibenden freien Flächen des Diamaltgeländes Wohnungsbau zu realisieren.

Angesichts der bisherigen Probleme bei der Entwicklung der gewerblichen Flächen auf dem Gelände, des Zustandes der brachliegenden Flächen und der geplanten Entwicklung am etwas weiter südlich gelegenen Oertelplatz (Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 1655 a, Planungsziele u.a.: Schaffung eines Quartiersplatzes in Verbindung mit neuen Einzelhandelsflächen) erscheint es sinnvoll, hier die Schaffung von Wohnraum anzustreben.

Zur planungsrechtlichen Umsetzung dieses Zieles ist erneut die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Diamaltgelände erforderlich. Erste Gespräche fanden hierzu im Referat für Stadtplanung und Bauordnung bereits statt. Ausgehend von den bisher vorliegenden Nutzungsüberlegungen sind innerhalb des Planungsgebietes bei einer angenommenen Geschossflächenzahl (GFZ) von 1,2 ca. 550 Wohneinheiten möglich, mit den zugehörigen Verkehrsflächen, öffentlichen Grünflächen und der sozialen Infrastruktur.

### **Stellungnahme des Referat für Stadtplanung und Bauordnung zur planungsrechtlichen Zulässigkeit und zum Umsetzungszeitraum des Vorhabens Schaudepots**

Grundlage für eine Beurteilung der derzeitigen planungsrechtlichen Zulässigkeit bildet der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 1904.

Die vom Deutschen Museum angestrebte Nutzung als Depot ist einer Lagernutzung gleichzusetzen, wenn die Ausstellungsnutzung deutlich untergeordnet ist. Dies wäre im Detail noch genauer zu prüfen. Diese Lagernutzung wäre im Bebauungsplangebiet in den Gewerbegebieten zulässig, für das Sondergebiet Fachmarkt wäre diese Art der Nutzung allerdings nicht zulässig. Abzüglich der schon realisierten GF von ca. 8.000 m<sup>2</sup> würde also noch eine GF von ca. 38.000 m<sup>2</sup> in den Gewerbegebieten zur Verfügung stehen.

Das Deutsche Museum strebt für die Depotnutzung kurzfristig eine GF von 35.000 m<sup>2</sup> an. Diese erste Bauphase könnte also in den Gewerbegebieten gedeckt werden. Die thematisch durchaus passenden, denkmalgeschützten Gebäude auf dem Diamaltgelände decken dies mit einer GF von ca. 4.400 m<sup>2</sup> nur zu einem kleinen Teil ab, ob dies funktional überhaupt möglich wäre, kann nach bisherigem Sachstand nicht beurteilt werden. Langfristig wird eine Erweiterung auf 70.000 m<sup>2</sup> GF angestrebt, das heißt, dass hier eine Überplanung des gesamten Geländes erforderlich wäre (inkl. des derzeitigen Sondergebietes Fachmarkt) mit einer daraus resultie-

renden, relativ hohen Baudichte mit einer GFZ von ca. 1,1, um die Nutzung zu ermöglichen.

Aufgrund des von Seiten des Deutschen Museums ins Auge gefassten Realisierungszeitraums müssten für längere Zeit Flächen vorgehalten werden, dies könnte eine unbefriedigende städtebauliche Situation zur Folge haben.

### **Stellungnahme des Eigentümers**

Von Seiten des Grundstückseigentümers werden die Nutzungsüberlegungen des Deutschen Museums, auf dem Diamaltgelände ein Museumsdepot zu realisieren, nicht befürwortet. Aus seiner Sicht besteht weiterhin ein großes Interesse an der Entwicklung von Wohnungsbau an dieser Stelle.

### **Fazit**

Angesichts der zur Verfügung stehenden Fläche, der Rahmenbedingungen und der aktuellen Nutzungsüberlegungen erscheint die Realisierung des Museumsdepots in dieser Lage nicht zielführend. Auf weitergehende Verhandlungen mit der Leitung des Deutschen Museums wurde deshalb verzichtet.

Derzeit werden in Abstimmung von Referat für Arbeit und Wirtschaft, Kommunalreferat und Referat für Stadtplanung und Bauordnung noch andere Flächen im Stadtgebiet für die beabsichtigte Nutzung des Deutschen Museums geprüft.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.



**Erhalt der Gartenstädte –****Wann lässt die Stadtverwaltung den Worten Taten folgen?**

Anfrage Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) vom 28.2.2012

**Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:**

Mit Schreiben vom 28.02.2012 haben Sie gemäß § 68 GeschO eine Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird:

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:

Die Baugenehmigung für ein Mehrfamilienhaus an der Harthäuser Straße 96 mit einer Länge von 39 m, einer Breite von bis zu 23 m und einer Höhe von über 9 m habe nur erteilt werden können, weil Befreiungen von der westlichen Baugrenze erteilt worden seien. Diese Baugrenze trenne in sinnvoller Weise das FFH- und Landschaftsschutzgebiet Isarauen sowie das kartierte Biotop vom bebaubaren Bereich. Gerade in unmittelbarer Nähe zu solchen Schutzgebieten sei es notwendig, die Baugrenze penibel einzuhalten. Die erteilte Befreiung widerspreche offenkundig den Belangen des Umweltschutzes und sei daher gemäß § 31 Abs. 2 Nr. 2 BauGB nicht städtebaulich vertretbar gewesen. Der Bezirksausschuss als örtliches, demokratisch legitimiertes Organ habe das Bauvorhaben einstimmig abgelehnt. Lehne der Bezirksausschuss Befreiungen ab, erscheine es nötig, den Stadtrat als dem für die Bauleitplanung zuständigen Organ im Rahmen einer Bauleitplanänderung entscheiden zu lassen. Gerade bei politischen Streitfragen aus dem Bereich der gemeindlichen Planungshoheit und in politisch umstrittenen Bereichen müsse im Zweifel der Stadtrat und nicht die Verwaltung entscheiden.

Die Anfrage wird vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung nunmehr wie folgt beantwortet:

**Frage 1:**

*Hat sich die Stadtverwaltung mit den Voraussetzungen einer Befreiungserteilung gemäß § 31 Abs. 2 BauGB auseinander gesetzt?*

**Antwort:**

Ja. Die erteilten Befreiungen wurden in den in einem solchen Fall zuständigen Gremien erörtert.

**Frage:**

*Wenn ja: Worin liegt für das Grundstück Harthausener Straße 96 die atypische Sondersituation, welche eine Befreiungserteilung nach § 31 Abs. 2 Nr. 2 BauGB ermöglicht?*

*Welche Interessen des Bauherrn waren so gewichtig, dass sie das einstimmige Votum des Bezirksausschusses, die gewichtigen öffentlichen Belange und die nachbarlichen Interessen dermaßen deutlich überwogen, dass die Stadtverwaltung im Rahmen ihrer Ermessensausübung die Befreiung erteilen durfte?*

*Hat die Stadtverwaltung die Befreiung erteilt, obwohl sie nicht zur Erteilung verpflichtet war? Wenn ja: Warum?*

**Antwort:**

Der Hauptbaukörper samt Tiefgarage befindet sich vollständig innerhalb des Bauliniengefüges. Die Befreiungen wurden nur für drei Terrassen mit einer Tiefe von 3 m und für Balkone, mit einer Tiefe von 2 m, jeweils gerechnet ab der Baugrenze, erteilt, ferner für eine Lüftungsöffnung. Diese Bauteile liegen zwar außerhalb des Bauraums, aber weder im Bereich eines kartierten Biotops noch im Landschaftsschutzgebiet. Zum Schutz des entlang der westlichen Grundstücksgrenze verlaufenden Biotops wurde für die Bauzeit ein Schutzzaun verlangt, um die dort befindliche Vegetation zu schonen.

Die geringfügigen Befreiungen konnten erteilt werden, weil die Grundzüge der Planung nicht berührt, die Abweichungen städtebaulich vertretbar und mit den öffentlichen Belangen vereinbar sind. Nachbarliche Interessen sind nicht berührt. Der von Ihnen genannte Befreiungstatbestand § 31 Abs. 2 Nr. 2 BauGB wurde 1979 geändert mit dem Ziel, die Erteilung von Befreiungen zu erleichtern.

Es handelt sich hier allesamt um Bauteile, die gegenüber dem Hauptbaukörper deutlich untergeordnet sind. Die Interessen der Bauherrin, für die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner angemessene Aufenthaltsflächen im Freien zu schaffen, dürfen bei der Ausübung des Ermessens nicht außer Betracht bleiben. Bei dieser Gesamtkonstellation ist der Entscheidungsspielraum auch im Hinblick auf die Behandlung vergleichbarer Fälle zugunsten der Erteilung einer Befreiung deutlich eingeschränkt.

**Frage 2:**

*Wird die Stadtverwaltung die ggf. rechtswidrige Befreiung zurücknehmen?*

**Antwort:**

Die erteilten Befreiungen sind rechtmäßig. Es besteht somit weder Anlass, noch ein Rechtsgrund für deren Rücknahme.

**Frage 3:**

*Wie kann in Zukunft sicher gestellt werden, dass eine rechtswidrige Befreiung von einer Baulinie gar nicht erst erteilt wird?*

**Antwort:**

Die Entscheidung ist rechtmäßig, es besteht somit kein Handlungsbedarf. Die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes werden bereits jetzt ausreichend beachtet.

**Frage 4:**

*Besteht Anlass zur Sorge, dass im Stadtteil Harlaching die Befreiung von der Baulinie in unmittelbarer Nähe des LSG „Isarauen“ zur Regel wird?*

**Antwort:**

In jedem Fall wird zunächst sorgfältig geprüft, ob die in § 31 Abs. 2 BauGB genannten Voraussetzungen für die Erteilung einer Befreiung überhaupt vorliegen. Eine Befreiung darf nur erteilt werden, wenn die Grundzüge der Planung nicht berührt werden. Liegen die Voraussetzungen vor, ist aufgrund der ab 1998 geltenden Rechtslage die Erteilung von Befreiungen nicht mehr auf Einzelfälle beschränkt. Soweit die Bereiche in unmittelbarer Nähe eines Landschaftsschutzgebietes, z. B. Isarauen oder eines Biotops liegen, bzw. wertvoller Baumbestand betroffen ist, haben die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes besonderes Gewicht.

**Frage 5:**

*Besteht Anlass zur Sorge, dass die Befreiung von der Baulinie innerhalb des Stadtgebietes München zur Regel wird?*

**Antwort:**

Siehe die Antwort zu Frage 4.



**Frage 6:**

*Wie wird sichergestellt, dass künftig eine Stadtratsentscheidung im Rahmen eines regulären oder vereinfachten Bauleitplanverfahrens herbeigeführt wird, sofern ein Bezirksausschuss eine baurechtliche Befreiung nach § 31 Abs. 2 Nr. 1 oder 2 ablehnt?*

**Antwort:**

Bei der Entscheidung über die Erteilung von Befreiungen handelt es sich um ein laufendes Geschäft der Verwaltung, dessen Erledigung dem Referat für Stadtplanung übertragen ist. Die Bezirksausschüsse haben bei Bauanträgen ein auf Einzelfälle beschränktes Anhörungsrecht. Die generelle Problematik der rechtlichen Beurteilung von Bauvorhaben, insbesondere im Bereich der Gartenstädte, war Gegenstand des Beschlusses der Vollversammlung vom 12.10.2011 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 07755). Anlass war auch ein Antrag des Bezirksausschuss 18 Untergiesing-Harlaching sowie Empfehlungen von Bürgerversammlungen dieses Stadtbezirks.

# Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

---

## Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 10. Mai 2012

### **Änderungen des medizinischen Angebots im Innenstadtbereich durch geplanten Um- zug der LMU-Kliniken darstellen**

Antrag Stadträtin Dr. Manuela Olhausen (CSU)

### **Fahreransage in der U-Bahn**

Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU)

Herrn  
Oberbürgermeister  
Christian Ude  
Rathaus  
80331 München

**Stadträtin  
Dr. Manuela Olhausen**

**ANTRAG**  
10.05.12

### **Änderungen des medizinischen Angebots im Innenstadtbereich durch geplanten Umzug der LMU-Kliniken darstellen**

Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird aufgefordert, dem Stadtrat darzustellen, welche Veränderungen sich im medizinischen Angebot durch die geplante Verlagerung nach Großhadern bzw. den Bau einer Portalklinik der LMU-Kliniken ergeben. Insbesondere ist darauf einzugehen, welche medizinischen Angebote im Innenstadtbereich zukünftig eingeschränkt bzw. vollkommen eingestellt werden und ob sich dadurch Versorgungslücken im Stadtzentrum ergeben können.

#### **Begründung:**

Die Ludwig-Maximilians-Universität plant bekanntermaßen den Umzug eines großen Teils ihrer Kliniken vom Innenstadtbereich nach Großhadern. Gleichzeitig soll eine neue Portalklinik gebaut werden. Die grundsätzliche Planungsentscheidung dazu wurde bereits vom Stadtrat getroffen. Doch mit den geplanten Veränderungen in der medizinischen Versorgung im Innenstadtbereich wurde der Stadtrat noch nicht befasst.

Daher soll dem Gesundheitsausschuss nun dargestellt werden, welche Angebote in Zukunft nicht mehr in der Innenstadt vorgehalten werden, welche in der Leistung eingeschränkt werden und welche Konsequenzen das für die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Zentrum haben wird. Insbesondere ist darauf einzugehen, ob die geplanten Verlagerungen bzw. Veränderungen zu Versorgungslücken in einzelnen medizinischen Bereichen führen können. Denkbar wäre dies zum Beispiel bei der Kinderheilkunde- und chirurgie, die komplett nach Großhadern verlegt werden soll.

gez.  
Dr. Manuela Olhausen  
Stadträtin

Herrn  
Oberbürgermeister  
Christian Ude  
Rathaus  
80331 München

Stadtrat Marian Offman

**ANFRAGE**  
10.05.12

### **Fahreransage in der U-Bahn**

In München, da legt man Wert auf Lokalkolorit. Das spiegelt sich auch in der Ausdrucksweise von Fahrern der U-Bahn wider. „Genau das tut es - so sehr dass es schmerzt“. So unlängst zu lesen in einer großen überregionalen Tageszeitung. Und weiter geht es: "Doch München will hip sein, da kann man keine mürrischen Fahrer brauchen.

Wieso nicht einen kleinen Wettbewerb starten:“ Wer entzückt seine Passagiere am besten? Vielleicht würde eine kleine Gesangseinlage wie in der Kirche für Heiterkeit sorgen. "Nähähähäster Haaalt: Mariienplatz."

Man kann über Ausdrucksweisen und Gestus immer gut diskutieren, mehr oder weniger Akzent, dunkle Stimmlage, Akzeptanz der individuellen Ausdrucksweise oder Standardsprache. Eine eindeutige und alle zufriedenstellende Antwort wird es nicht geben. Ich selbst war fasziniert über einen Fahrer auf der U 4, dessen Sprachfärbung - und Melodie stark an den Unterhaltungskünstler Max Raabe erinnerte. Andererseits gibt es Durchsagen, welche genuschelt kaum hörbar sind. Zudem für Touristen überhaupt nicht verständlich.

Die Glosse in der Tageszeitung bietet Anlass zur Nachfrage an Oberbürgermeister Christian Ude:

1. Erhalten Fahrer/innen des MVG, die Durchsagen für die Fahrgäste sprechen, dafür eine gesonderte Schulung?
2. Wenn ja, handelt es sich um einmalige Fortbildungen oder finden Wiederholungen statt, wenn ja, in welchem Turnus.
3. Gab es schon häufiger Beschwerden wegen unverständlicher Durchsagen in öffentlichen Verkehrsmitteln des MVG? Wurden Überlegungen angestellt, die Durchsagen in Englisch zu sprechen?
4. Wird erwogen, die Durchsagen in älteren U-Bahnzügen auch über Band zu spielen?

gez.  
Marian Offman  
Stadtrat